



COP 18 in Katar: Zwischen »Fossil of the Day« und »Best Green Practice«

Welchen Beitrag die Golfstaaten zum Erfolg der Klimakonferenz von Katar leisten können

JUDITH ALTHAUS

November 2012

- Die klimapolitische Obstruktionshaltung Katars der letzten Jahrzehnte kann den außenpolitischen Ambitionen des Golfemirats nicht gerecht werden. Die Flexibilität, die sich internationale Beobachter von der katarischen Verhandlungsführung erhoffen, würde ein Signal senden, dass Katar bereit ist, seine Rolle als Bremser in internationalen Klimaverhandlungen aufzugeben.
- Katar muss sich zunehmend mit der Realität schwindender Ölreserven aktiv auseinandersetzen. Gleichzeitig gilt es, den steigenden heimischen Verbrauch einzuschränken, der die Exportmenge verringert und somit eine direkte Auswirkung auf die Gewinnmarge aus Ölexporten hat. Dies erhöht den Handlungsdruck, langfristig eine alternative Energieversorgung zu etablieren.
- Trotzdem ist Zurückhaltung in den Erwartungen an den Klimagipfel geboten, denn eines der kurzfristig größten Probleme in der Golfregion bleiben die niedrige Energieeffizienz und ausufernde Subventionspolitik. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Machthaber in Zeiten anhaltender politischer Unruhen in der arabischen Welt ihre Subventionspolitik massiv eindämmen.



Die 18. Konferenz der Vertragsparteien (COP) der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen (UNFCCC) tagt vom 26. November bis zum 7. Dezember 2012 im Golfemirat Katar. Mit dem Tagungsort Katar hat die asiatische Gruppe innerhalb der UNFCCC Ende November 2011 eine kontroverse Wahl getroffen. Neben seiner eklatanten Nichtbeachtung von Arbeitnehmerrechten steht Katar – stellvertretend für die Golfmonarchien – traditionell für eine Wirtschafts- und Lebensweise, die den Zielen der VN-Rahmenkonvention fundamental widerspricht. Was ist also vom Gastgeber Katar zu erwarten, der im letzten Jahrzehnt nicht nur mit einer wenig progressiven Haltung in internationalen Klimaverhandlungen auf sich aufmerksam gemacht hat, sondern mit seiner massiven Subventionspolitik bis heute auch die eigene fossile Energiegewinnung perpetuiert?

Die Golfstaaten in der internationalen Klimapolitik

Die Klimapolitik Katars hat sich in den vergangenen Jahren weitestgehend mit der Politik der Organisation der Erdöl exportierenden Staaten (OPEC) bzw. der regionalen Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Staaten (OAPEC) gedeckt.¹ Die Verhandlungsposition der OAPEC-Staaten galt über die Grenzen der ölfördernden Golfmonarchien hinaus regelmäßig auch für den übrigen arabischen Raum, in dem aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen sowie einer starken Konzentration auf andere außen- und innenpolitische Herausforderungen kaum eigene Positionen in der Klimapolitik formuliert wurden. Auch infolge der schwachen Rolle der Arabischen Liga als Interessenvertretung in Klimaverhandlungen fungierte die OAPEC über lange Jahre de facto als Sprachrohr der arabischen Welt in Klimafragen – mit dem Ergebnis, dass die Ölmonarchien bei Klimaverhandlungen ihre Interessen auf Kosten der Bedürfnisse von ressourcenschwächeren arabischen Staaten beförderten.

Im Zentrum des Interesses stand für die regierenden Eliten der Golfmonarchien dabei vor allem ihr eigener Machterhalt, der in erster Linie durch extensive Transferleistungen

des Staates an seine Bürger sichergestellt wird. Diese Taktik hat sich zuletzt in Saudi Arabien bewährt, wo König Abdullah im Februar 2011 angesichts wachsender Proteste seiner Bevölkerung im Arabischen Frühling Gehaltserhöhungen, Beschäftigungsmaßnahmen und Zinserlasse in Höhe von 10,7 Milliarden US-Dollar anordnete und sich so die Loyalität seiner Untertanen sicherte.

Damit die Gleichung von finanzieller Besänftigung der vom politischen Prozess ausgeschlossenen Bevölkerung zugunsten der eigenen Herrschaftslegitimität weiterhin aufgeht, sind anhaltend hohe wirtschaftliche Gewinne für die Golfmonarchien unverzichtbar. Die Wirtschaftsleistung von Saudi Arabien, Kuwait, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Oman ist zu einem hohen Grade von Gewinnen aus der Erdölförderung abhängig; mehr als 90 Prozent ihrer Exporte und über die Hälfte ihres Bruttoinlandsprodukts stammen aus der Erdölwirtschaft. Eine Reduzierung des weltweiten Erdölverbrauchs und der Erdölförderung zur Minderung von Treibhauseffekten steht damit im direkten Zusammenhang mit der Fähigkeit der Golfstaaten, unvermindert Gewinne zu verbuchen und ihren Systemerhalt zu sichern. Klimaschutz und umfangreiche CO₂-Reduktionen, die eine Einschränkung der Ölförderung zur Folge hätten, sind also weder im wirtschaftlichen noch im konservativen machtpolitischen Interesse der Golfmonarchien.

Aufgrund dieser Interessenkonstellation verfolgten die Mitgliedstaaten der OAPEC unter Führung Saudi Arabiens seit den frühen 1990er Jahren eine langfristige Obstruktionspolitik bei internationalen Klimakonferenzen, um die Verhandlungen über Klimaschutz und Reduktionsziele zu verlangsamen und so den Status von Erdöl in der globalen Energiewirtschaft zu wahren. So brachte Katar während der Bonner Klimaverhandlungen 2011 etwa die Forderung ein, dass das Emirat für Steuern, die in Industrieländern auf Erdöl erhoben würden, finanziell entschädigt werden müsse. Die NGO Climate Action Network nahm dies zum Anlass, Katar neben Saudi Arabien mit dem »Fossil of the Day«-Preis auszuzeichnen.

Fossile Energienutzungsmuster

Doch nicht nur mit ihrer Verhandlungstaktik sorgten die OAPEC-Staaten in den vergangenen Jahren für Negativschlagzeilen: Parallel zu ihrer internationalen Blockadepolitik finden sich in vielen OAPEC-Staaten Ener-

1. Die Mitgliedstaaten der OPEC sind Algerien, Angola, Ecuador, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela. Zur OAPEC haben sich Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Katar, Kuwait, Libyen, Saudi Arabien, Syrien, Tunesien und die Vereinigten Arabischen Emirate zusammengeschlossen. Die Mitgliedsländer der OPEC sind Teil der Gruppe der Entwicklungsländer G77+China.



gienutzungsmuster, die kaum auf die Vermeidung von Emissionen zielen. So produzieren die Bewohner des Golfs bis zu zehn Mal mehr CO₂ als der globale Durchschnittsbürger. Laut der Internationalen Energieagentur (IEA) stoßen die im Golfkooperationsrat zusammengeschlossenen Länder jährlich 26,3 Tonnen CO₂ pro Kopf aus – sechs Mal mehr als der globale Durchschnitt. Katar selbst hat mit 55,43 Tonnen CO₂ pro Kopf seit Jahren die weltweit höchste CO₂-Bilanz – zehn Mal höher als der Durchschnitt. Zu Teilen erklärt sich die schlechte Emissionsbilanz des Emirats durch seine Stellung als weltweit größter Produzent von verflüssigtem Erdgas, einer Technologie mit hohem CO₂-Ausstoß. Insgesamt lassen sich 67 Prozent des katarischen CO₂-Ausstoßes auf den Öl- und Gassektor zurückführen.

Daneben trägt aber auch der energieintensive Lebensstil der Bewohner des Golfemirats zu den hohen Werten bei. Der subventionierte und in der Folge kostenfreie Zugang zu Elektrizität setzt für die katarischen Verbraucher keinerlei Anreize für größere Energieeffizienz. So macht der Betrieb von Klimaanlage allein knapp 67 Prozent des Energieverbrauchs der Privathaushalte aus.

Ebenfalls in den Top 10 der weltweit größten Produzenten von CO₂ befinden sich Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain. In Saudi Arabien könnte der ohnehin hohe Ausstoß von CO₂ sogar noch erheblich steigen: Momentan werden bis zu drei Millionen Barrel pro Tag zur Elektrizitätsgewinnung verbrannt, d. h. Rohöl im Gegenwert von 300 Millionen US-Dollar auf den internationalen Märkten. Angesichts eines jährlichen Anstiegs der heimischen Stromnachfrage von acht Prozent könnte der Ölverbrauch bis 2028 in Saudi Arabien auf 250 Prozent der gegenwärtigen Menge steigen – und das trotz eines durchschnittlichen Anstiegs des BIP von nur 3,4 Prozent seit den 1990er Jahren. Im Jahr 2043 wäre dann der Punkt erreicht, an dem Saudi Arabien mehr Öl verbrauchen würde, als es heute fördern kann. Der Verlust staatlicher Einnahmen durch den hohen Eigenverbrauch von Rohöl wird durch die staatlich subventionierten Ölpreise noch verstärkt, die Saudi Arabien neben den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait, Bahrain, Oman und Katar auf den heimischen Märkten durchsetzt.

Mit Besorgnis beobachtet die internationale Staatengemeinschaft in diesem Zusammenhang die Bemühungen Katars und Saudi Arabiens, dem steigenden Energiebe-

darf ihrer Bevölkerung mit Investitionen im Bereich der nuklearen Energiegewinnung zu begegnen, anstatt mit nachhaltiger Energiepolitik.

»Best Green Practice«?

Jenseits aller Kritik könnte die Konferenz in Katar aber auch eine Chance für die OAPEC-Staaten sein, eine positive gestalterische Rolle in der Post-Kyoto-Phase einzunehmen.

Katar, aber auch andere Öl-Ökonomien wie Saudi Arabien oder Kuwait, müssen sich zunehmend mit der Realität schwindender Ölreserven aktiv auseinandersetzen – und zwar deutlich früher als etwa die Europäer, die stärker auf Brückentechnologien wie Kohle und Gas setzen können. Gleichzeitig gilt es, den steigenden heimischen Verbrauch einzuschränken, der die Exportmenge verringert und somit eine direkte Auswirkung auf die Gewinnmarge aus Ölexporten hat. Dies erhöht auch in den Golfstaaten den Handlungsdruck, langfristig eine alternative Energieversorgung zu etablieren.

In Katar wurden in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren mehrere Leuchtturmprojekte umgesetzt, die auf geringen Ressourcenverbrauch und Emissionsausstoß setzen. Symbolisch hierfür findet die COP 18 im neu gebauten Qatar National Convention Centre statt, dem mit seiner Eröffnung Ende 2011 eine LEED-Goldzertifizierung² verliehen wurde und dessen knapp 4000m² Solardach 12,5 Prozent des gesamten Energieverbrauchs des Konferenzgebäudes produzieren soll.

Bereits 2011 setzte Katar eine Kommission ein, in der standardisierte Bauvorschriften für die Moscheen des Landes erarbeitet werden, um einen geringeren Strom- und Wasserverbrauch zu erreichen. Für Aufsehen sorgte Katar ebenfalls mit der Ankündigung, durch Investitionen in Höhe von 20 Milliarden Euro im Jahr 2022 die erste CO₂-neutrale Fußballweltmeisterschaft auszurichten. Geplant ist der Bau von neun neuen Stadien und die Renovierung von drei bereits existierenden Stadien, die für Spieler und Fans im bis zu 50°C heißen Katar auf 20°C heruntergekühlt werden sollen.

2. Die LEED-Zertifizierung (Leadership in Energy and Environmental Design) wurde vom U. S. Green Building Council entwickelt und wird an Gebäude vergeben, bei deren Konstruktion Standards für umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen berücksichtigt wurden.



In den benachbarten Vereinigten Arabischen Emiraten hat das ambitionierte Stadtbauprojekt Masdar internationale Aufmerksamkeit erregt. Bei Baubeginn im Jahr 2008 wurde Masdar als revolutionäres Zukunftsprojekt gefeiert – aus erneuerbaren Energien gespeist, emissionsfrei, energieeffizient und abfallfrei. Allerdings verzögert sich die bis 2016 geplante Fertigstellung der Stadt um bis zu zehn Jahre; vor allem die Gewinnung von Solarstrom erweist sich angesichts von Wüstenwind, Sandstürmen und Salzverkrustung als problematisch.

Im Westen Katars investiert derzeit Saudi Arabien massiv in Solarenergie. 2009 hatte der Minister für Erdöl Ali Al-Naimi angekündigt, dass Saudi Arabien in Zukunft so viel Solarenergie exportieren wolle, wie es gegenwärtig Öl exportiere. 2010 wurde der Grundstein für eine solarbetriebene Entsalzungsanlage bei Jeddah im Westen Saudi Arabiens gelegt und kurz darauf rief König Abdullah die neue King Abdullah City for Atomic and Renewable Energy (K.A.CARE) ins Leben. Darüber hinaus sollen Solaranlagen mit einer Kapazität von 60 GW – je zur Hälfte Photovoltaik-Anlagen und Solarthermalanlagen – bis 2030 einsatzfähig sein und damit 23 Prozent von Saudi Arabiens Energiemix bestreiten.

Trotz dieser ambitionierten Pläne fällt die Bilanz für erneuerbare Energien im Nahen und Mittleren Osten negativ aus. Die Gesamtinvestitionen im Mittleren Osten und Nordafrika sind laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) im Jahr 2011 um 18 Prozent auf 5,5 Milliarden US-Dollar gesunken. Ursache für den Rückgang der Investitionen war vor allem die politische Unsicherheit infolge des Arabischen Frühlings, die dazu geführt hat, dass sich die Ausführung vieler Projekte verzögerte und internationale Direktinvestitionen ausblieben. Die Leuchtturmprojekte Katars und Saudi Arabiens finden sich in der UNEP-Statistik derzeit nicht wieder: Die größten Investoren der Region waren stattdessen Marokko (1,1 Milliarden US-Dollar), die Vereinigten Arabischen Emirate (837 Millionen US-Dollar) und die Türkei (422 Millionen US-Dollar).

Erwartungen an COP 18

Welche Rolle können Katar und die übrigen OAPEC-Staaten beim UN-Klimagipfel vor diesem Hintergrund spielen? Auf der Tagesordnung wird die Verhandlung eines Kyoto-Folgeprotokolls stehen, auf das sich die Staatengemeinschaft bis 2015 einigen und das ab 2020

umgesetzt werden soll. Darüber hinaus wird wie schon beim vorbereitenden Petersberger Dialog in Berlin im Juli 2012 die Ambitionsücke thematisiert werden, die zwischen den bisher vereinbarten Klimazielen und dem Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C besteht. Gleichzeitig soll die Transformation zu einer Niedrigemissionswirtschaft als Modernisierungs- und Wachstumsstrategie diskutiert werden.

Damit steht die Konferenz im Zeichen der Emissionsreduktion – ein heikles Thema für die arabischen Schlüsselakteure der COP 18. Neben dem Gastgeber Katar und Saudi Arabien, das den Vorsitz der Arbeitsgruppe für Long-term Cooperative Action (AWG-LCA) innehat, betrifft dies auch Algerien, das im Januar 2012 den Vorsitz der G77 übernahm. Einer glaubwürdigen Verpflichtung zur Emissionsreduktion dieser drei Verhandlungsführer steht in erster Linie ihr eigener höchst problematischer Emissionsausstoß gegenüber.

Katarisches Verhandlungsgeschick

Die zentrale Rolle von Katar, Saudi-Arabien und Algerien im Verhandlungsprozess erhöht den Erwartungsdruck an die gesamte arabische Welt. Würde die Klimakonferenz von Doha international als Erfolg gewertet, so hätten alle drei ihr Verhandlungsgeschick und außenpolitisches Können unter Beweis gestellt sowie ihre Rolle als zentraler Akteur auch über den Mittleren und Nahen Osten hinaus unterstrichen. Gleichzeitig besteht kein Zweifel, dass die Obstruktionspolitik der letzten Jahrzehnte diesen Ambitionen nicht gerecht werden kann. Die Flexibilität, die sich internationale Beobachter von der katarischen Verhandlungsführung erhoffen, würde hingegen ein Signal senden, dass Katar bereit ist, seine Rolle als Bremser in internationalen Klimaverhandlungen allmählich aufzugeben.

Neben dem Wunsch, auf internationalem diplomatischem Parkett als Global Player wahrgenommen zu werden, könnte die Klimakonferenz in Katar möglicherweise auch eine wirkliche Politikwende anstoßen. Es gibt Anzeichen, dass sich auch im Golf die Ära der fossilen Brennstoffe langsam ihrem Ende zuneigt und die Gefahr besteht, dass die großen Ölförderer von der Entwicklung hin zur ressourcenschonenden Energiegewinnung und Niedrigemissionswirtschaft abgekoppelt werden. Sollte sich unter Führung Katars dieser Wandel in der



Wahrnehmung unter den OAEPC-Staaten durchsetzen, wäre ein wichtiger Schritt für einen glaubwürdigen globalen Konsens zur Minderung des Klimawandels getan – mit allen positiven Implikationen, die dies für das Zustandekommen eines ambitionierten Kyoto-Folgeprotokolls hätte.

Regionale Aufmerksamkeit

Ebenso führt die Wahl von Doha als Konferenzort dazu, dass dem Thema Klimawandel auf der Arabischen Halbinsel zumindest für den Zeitraum der Konferenzvorbereitung und -durchführung eine zentrale Rolle zugewiesen und die regionale Aufmerksamkeit für klimapolitische Themen erhöht wird. In der Praxis würden politische Entscheidungsträger, die herrschenden Familien sowie die wenigen zivilgesellschaftlichen und weiteren Akteure damit auf einer höheren Ebene involviert sein. Allein die hochrangige Wahrnehmung der Konferenz im arabischen Raum birgt Hoffnung auf eine progressivere regionale Position in den Verhandlungen.

Dementsprechend stammt der katarische Verhandlungsführer und designierte COP-Präsident Abdullah Bin Hamad Al-Attiyah aus der 2. Führungsebene im Staat und hat für seine Rolle als Vorsitzender der 15. Sitzungsperiode der Kommission für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen 2007 bereits internationale Anerkennung erhalten. Al-Attiyah spricht von der wichtigen Rolle des Klimaschutzes auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene und konnte in Katar die Einführung von freiwilligen Umweltauflagen im Industriesektor erwirken. Anlässlich der 67. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September dieses Jahres sprach auch der katarische Staatschef Hamad bin Khalifa Al-Thani von den zerstörerischen Konsequenzen des Klimawandels für alle Länder, für die gemeinsam eine Lösung gefunden werden müsse.

Und auch in Saudi Arabien deutet sich eine personelle Neupositionierung an: Der jahrelange Verhandlungsführer Mohammed Al Sabban, der noch 2009 einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und menschlichem Wirtschaften anzweifelte, wird durch den international erfahrenen Khalid Mohammed Abuleif ersetzt. Als Berater der staatlichen Ölfirma Saudi Aramco ist Abuleif zwar weit davon entfernt, ein Umweltaktivist zu sein, aber als zuständiger Berater für Umweltschutzfragen

im Erdölgeschäft setzt er sich klar für eine nachhaltige Energiegewinnung ein. Mit seiner Ernennung könnte das Königreich die Bereitschaft signalisieren wollen, eine neue, moderatere Haltung in internationalen Klimaverhandlungen einzunehmen.

Die personelle Erneuerung in den Verhandlungskreisen der Golfstaaten zeigt aber auch, wie wichtig die Einbeziehung der Region des Mittleren und Nahen Ostens in globale Prozesse sein kann. Viel zu oft ist die Region von internationalen globalen Prozessen ausgeschlossen, die nicht als relevant für die Region angesehen werden. Wenn jedoch international attraktive Anreize gesetzt werden – wie jetzt mit der Vergabe der Konferenz an Katar –, scheint auch im veränderungsscheuen Nahen und Mittleren Osten Bewegung möglich zu sein.

Vorsichtiger Optimismus

Zweifelsohne verfolgt der Ausrichter Katar bislang eine kluge Außenpolitik, die dem kleinen Land große internationale Aufmerksamkeit beschert. Dies gilt nicht nur für die COP 18, sondern auch für den Zuschlag zur Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2022 und die Etablierung des katarischen Nachrichtensenders Al-Jazeera als Sprachrohr der arabischen Welt.

Bei allen positiven Zeichen im Vorfeld der Konferenz ist dennoch Zurückhaltung in den Erwartungen an den Klimagipfel geboten. Eine mittel- und langfristige internationale Trendwende hin zur Niedrigemissionswirtschaft mag den OAEPC-Staaten die Aussichten auf ein Kyoto-Folgeprotokoll zwar nicht verleiden, da auch ein sinkender internationaler Ölverbrauch für die Ölförderer über Preisregulierungen noch lange profitabel bleiben kann, aber eines der kurzfristig größten Probleme in der Golfregion bleibt nach wie vor die niedrige Energieeffizienz, bedingt auch durch eine ausufernde Subventionspolitik. Dass die Machthaber in Zeiten anhaltender politischer Unruhen in der arabischen Welt ihre Subventionspolitik massiv eindämmen, ist kaum vorstellbar. Somit wird die COP 18 in Katar sicherlich keinen Wendepunkt in der nationalen Energiepolitik markieren. Dennoch bietet die Konferenz Anlass zu vorsichtigem Optimismus, dass Katar und die OAEPC ihre strikte Blockadehaltung zumindest in Teilen überdenken werden.



Über die Autorin

Judith Althaus arbeitet zum Thema Internationale Energie- und Klimapolitik im Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale Politik und Entwicklung
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Nina Netzer | Internationale Energie- und Klimapolitik

Tel.: ++49-30-26935-7408 | Fax: ++49-30-26935-9246
<http://www.fes.de/GPol>

Bestellungen/Kontakt:
Sandra.Richter@fes.de

Globale Politik und Entwicklung

Das Referat Globale Politik und Entwicklung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert den Dialog zwischen Nord und Süd und trägt die Debatten zu internationalen Fragestellungen in die deutsche und europäische Öffentlichkeit und Politik. Es bietet eine Plattform für Diskussion und Beratung mit dem Ziel, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu stärken, Szenarien zu entwickeln und politische Handlungsempfehlungen zu formulieren. Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationale Energie- und Klimapolitik«, verantwortlich: Nina Netzer, Nina.Netzer@fes.de

Dialogue **on** Globalization

Das *Dialogue on Globalization*-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) trägt durch Konferenzen, Workshops und Publikationen zur internationalen Debatte über Globalisierung bei. Das Projekt will dadurch einen Beitrag leisten, Globalisierung so zu gestalten, dass Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit gefördert werden. Zielgruppe sind dabei Entscheidungsträger und Multiplikatoren aus Nord und Süd, wie Politiker, Gewerkschafter, Regierungsvertreter und Journalisten sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, internationalen Institutionen, Forschung und Wirtschaft. Das Projekt wird durch das Referat Globale Politik und Entwicklung in Berlin sowie durch die UN-Verbindungsbüros in Genf und New York koordiniert. Es baut auf dem internationalen Netzwerk der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Büros, Programmen und Partnern in über 100 Ländern auf. Mehr unter <http://www.fes-globalization.org>.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN: 978-3-86498-377-1